

P R O T O K O L L

über die 43. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Dienstag, 27. Februar 1979, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 11.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister-Stellvertreter
Heinrich Schwarz

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER:

Karl Fritsch

STADTRÄTE

Rudolf Fürst
Anna Kaltenbrunner
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:

Dr. Helmut Burger
Johann Brunmair
Maria Derflinger
Vinzenz Dresl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Karl Holub
Walter Kienesberger
Walter Köhler
Ottilie Liebl
Rudolf Luksch

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Erich Mayrhofer

Therese Molterer

Josef Radler

Erich Sablik

Hubert Saiber

Erwin Schuster

Herbert Schwarz

Ernst Seidl

Otto Tremel

Alfred Watzenböck

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Präsidialdirektor Oberamtsrat

Roland Postler

VB Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Spa-6174/78

Sparkassenverwaltungsausschuß –
Ergänzung.

Die Notwendigkeit zur Einberufung dieser Gemeinderatsitzung ergibt sich durch die Beschlußfassung im österreichischen Nationalrat und Bundesrat über das neue Sparkassengesetz und dessen Inkrafttreten am 1. 3. 1979 (BGBl. Nr. 64/79).

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich begrüße Sie sehr herzlich zur heutigen Sitzung und darf feststellen, daß die Tagesordnung ordnungsgemäß und zeitgerecht an Sie ergangen ist. Die Begründung über die Notwendigkeit der Einberufung ist in der Einladung angeführt und ich möchte mich damit nicht weiter auseinandersetzen. Es haben sich für die heutige Sitzung einige Kollegen entschuldigt. So darf ich mitteilen, daß Bürgermeister Weiss auf Anraten seines Hausarztes eine Generaluntersuchung über sich ergehen lassen muß und sich zu diesem Zweck seit Montag im Krankenhaus befindet. Ich bitte um Verständnis dafür.

Weiters sind entschuldigt Herr Gemeinderat Dr. Stellnberger, Gemeinderat Dr. Schneider, Gemeinderat Reisner und Herr Gemeinderat Fuchs, der sich, soviel mir bekannt ist, ebenfalls noch im Krankenhaus zur Generaluntersuchung befindet.

Die Herren Gemeinderäte Luksch und Mayr bitte ich, die Protokollprüfung für die heutige Sitzung zu übernehmen. Wie ich sehe, nehmen die beiden Herren diese Funktion an.

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist damit eröffnet. Zum einzigen Tagesordnungspunkt erteile ich dem Berichterstatter Stadtrat Fürst das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Gemäß § 35 der Satzung der Sparkasse in Steyr scheiden nachstehende Mitglieder des Verwaltungsausschusses, die von der Stadtgemeinde Steyr nominiert wurden, turnusmäßig aus:

Kammerrat Vinzenz Dresl, Altbürgermeister Josef Fellingner, Anton Hochgatterer und Friedrich Stahlschmidt.

Im Bundesgesetzblatt 64/79, ausgegeben am 20. 2. 1979, wurde das neue vom Nationalrat beschlossene Sparkassengesetz verlautbart. Es tritt am 1. 3. 1979 in Kraft und es ist daher notwendig, um den Übergangsbestimmungen zu entsprechen, den Verwaltungsausschuß der Sparkasse hinsichtlich der vier ausgeschiedenen Mitglieder rechtzeitig zu ergänzen. Nach dem 1. 3. 1979 wäre dies nur mehr in Ausnahmefällen möglich. Die Bestellung hat nur übergangsmäßigen Charakter, da die neuen Satzungen bis 31. 12. 1980 den Vorschriften des nunmehr beschlossenen Sparkassengesetzes anzupassen sind und es wird daher die Wiederwahl der beiden Mitglieder Kammerrat Vinzenz Dresl aus Steyr, Glöckelstraße 14, und des Herrn Prokuristen Friedrich Stahlschmidt, wohnhaft in Steyr, Gablerstraße 64, vorgeschlagen. Anstelle der beiden endgültig ausscheidenden Mitglieder, Altbürgermeister Josef Fellingner und Anton Hochgatterer, werden Laurenz Prendtner, Handelsbevollmächtigter der Steyr-Daimler-Puch AG in Steyr, Azwangerstraße 45, und Johann Schützner, Installateurmeister in Steyr, Schönauerstraße 3, vorgeschlagen. Es ergeht demnach der Antrag gemäß § 16 Abs. 1 Ziffer 1 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat:

Spa-6174/78

Sparkassenverwaltungsausschuß - Ergänzung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund § 35 der Satzung für die Sparkasse Steyr werden an Stelle der turnusmäßig ausscheidenden vier Mitglieder des Verwaltungsausschusses nachstehende Personen wieder bzw. neu nominiert:

Kammerrat Vinzenz Dresl, Prokurist Friedrich Stahlschmidt, Laurenz Prendtner - Handelsbevollmächtigter der Steyr-Werke, und Johann Schützner, Installateurmeister.

Ich bitte, die Debatte bzw. Beschlußfassung zu diesem Antrag abführen zu lassen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wer wünscht dazu das Wort? Kollege Wallner bitte.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Namens meiner Fraktion darf ich Ihnen gemäß § 16 Abs. 4 Ziffer 2 der Geschäftsordnung

für den Gemeinderat folgenden Antrag vorlegen:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des § 35 der Satzung für die Sparkasse Steyr werden an Stelle der turnusmäßig ausscheidenden 4 Mitglieder des Verwaltungsausschusses nachstehende Personen wieder bzw. neu nominiert: Hauptschuldirektor Karl Fritsch, wohnhaft in Steyr, Resthofstraße 44, - der Ordnung halber verlese ich die übrigen drei, Sie können sich vorstellen, daß die übrigen drei gleich denen im Antrag des Vorredners sind - Prokurist Friedrich Stahlschmidt, Laurenz Prendtner und Johann Schützner.

Wenn Sie also diesem Antrag aufmerksam gefolgt sind, dann werden Sie daraus ersehen haben, daß an Stelle des Kollegen Dresl Kollege Fritsch nominiert wurde. Der Antrag, den ich im Anschluß dem Herrn Bürgermeister überreichen darf, ist von acht Gemeinderatsmitgliedern unterzeichnet, wovon sieben unserer Gemeinderatsfraktion angehören, die achte Unterschrift ist die des Kollegen Watzenböck.

Herr Bürgermeister ich darf Ihnen offiziell diesen Antrag überreichen und hiezu eine kurze Erklärung abgeben. Eine weitreichendere Erklärung wird sicherlich noch im Anschluß daran erfolgen.

Am Dienstag, 30. Jänner d. J. ist anläßlich einer Präsidialsitzung von Kollegen Bürgermeister-Stellvertreter Direktor Fritsch die Forderung der ÖVP deponiert worden, daß meine Fraktion Anspruch auf ein frei werdendes Mandat im Sparkassen-Verwaltungsausschuß erhebt. Ich muß hier in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, von mir ist man es an und für sich nicht gewohnt, harte Worte zu hören, aber ich bringe sie trotzdem. Ich würde sagen, mit einer Kaltschnäuzigkeit sondergleichen hat es Bürgermeister Weiss nicht einmal der Mühe wert gefunden, ein Gespräch über diese unsere Forderung mit uns, oder speziell mit Kollegen Fritsch, zu führen. Es ist also wieder einmal ein Diktat gesetzt worden. Der Beweis möge darin liegen, erstens im heutigen Antrag und als zweiten Beweis darf ich anschließen, daß es der Kollege Vorredner nicht einmal der Mühe wert gefunden hat, obwohl in der Sozialistischen Fraktion unsere Forderung bekannt ist, in seinem Vorwort überhaupt darauf einzugehen, daß da noch ein Antrag meiner Fraktion vorliegt. Es soll also wieder einmal zu einer Majorisierung einer Minderheit kommen und wir werden uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, diesem Diktat nicht beugen.

Der Ordnung halber und der Gesetzmäßigkeit nach darf ich noch feststellen, daß durch diesen unseren Antrag die Anzahl der im Statut vorgesehenen Gemeinderatsmitglieder nicht überschritten werden würde und daß sich durch diesen Antrag, durch die Aufnahme des Kollegen Fritsch in den Verwaltungsausschuß, der politische Querschnitt in Steyr zweifellos besser widerspiegeln würde, als dies durch Ihren Antrag, meine Damen und Herren, der Fall ist. Das zunächst als kurze Vorerklärung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für die Berichterstattung. Es handelt sich in diesem Fall um einen Abänderungsantrag zum Hauptantrag. Es stehen nunmehr beide Anträge zur Diskussion.

Es ist ein Abänderungsantrag, nachdem nur ein Punkt des Hauptantrages abgeändert wurde. Er ist daher in einem zu behandeln.

Ich bitte, in der Diskussion beide Anträge, den Hauptantrag und den Abänderungsantrag zu behandeln. Ich frage, wer zu diesen beiden Anträgen noch das Wort wünscht? Bitte Kollege Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist an sich eine eigenartige Vergangenheit, die die vorliegende Tagesordnung widerspiegelt. Mein Herr Vorredner hat schon angedeutet, daß die Gesprächsbereitschaft nicht allzu groß war und es ginge an sich darum, im Verwaltungsausschuß der Sparkasse doch den Querschnitt der Bevölkerung zu repräsentieren. Das scheint uns durch den nunmehr durch uns eingebrachten Antrag zu diesem in Verhandlung stehenden Gegenstand eindeutig besser gewährleistet. Die Veränderung am bestehenden Stand der Funktionäre der Sparkasse ist, wie Sie selbst schon in der Eröffnung der Diskussion ausgeführt haben, nicht so gewaltig für uns als politische Partei, aber doch von erhebender Bedeutung, daß der Verwaltungsausschuß der Sparkasse nicht allzu sehr monochrom eingefärbt wird ...

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Das ist sehr gut gesagt, das muß ich mir aufschreiben!

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Das freut mich, Herr Stadtrat! Erstens ist ohnehin Faschingdienstag, man kann sich also lockere Formulierungen erlauben. Man hätte ja sonst sagen müssen, und zwar viel deutlicher sagen müssen, daß der Verwaltungsausschuß der Sparkasse Steyr sozialistisch nicht allzu sehr dominiert wird. Das wäre die andere Übersetzung, wenn nicht friedliche und lockere Faschingsstimmung vorherrschte.

Die Bedeutung des Verwaltungsausschusses ist Ihnen sicherlich wesentlich geläufiger als es mir sein kann, weil ich schon mehrmals erfahren durfte, daß ich sehr unerfahren bin und mir daher nicht anmaßen kann, daß ich das allzu deutlich erkennen kann. Aber ein wesentlicher Punkt des Verwaltungsausschusses wird in der nächsten Zeit sein, die Anpassung des Sparkassenstatutes an die Gegebenheiten des neuen KBG bzw. gibt es eine eigene Rechtsordnung für die Sparkassen, das Sparkassengesetz, herbeizuführen. Da, so glauben wir, macht es doch in der Öffentlichkeit ein besseres Bild, wenn die politischen Gegebenheiten in diesem Beschlußgremium, soweit die politischen Gegebenheiten sich auf diese unsere Stadt beziehen – die zu vertreten sitzen wir ja hier in diesem Raum beisammen – wenn diese Gegebenheiten sich in diesem Gremium klar widerspiegeln. Das können wir durch unseren Antrag bewerkstelligen, das konnten Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Fraktion, in Ihrem Antrag nicht so herausarbeiten. Wir bitten Sie, unserem Antrag beizutreten, weil wir der Auffassung sind, daß Sie demokratisch so viel Verständnis aufbringen, daß Sie diesen Antrag als durchaus gerechtfertigt empfinden.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich frage, ob noch jemand das Wort wünscht? Ich darf mich an der Debatte beteiligen und Kollegen Fritsch den Vorsitz einstweilen übergeben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Kollegen Schwarz zu seinem Debattenbeitrag das Wort.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die heutigen Anträge, die zur Beschlußfassung vorliegen, haben, so glaube ich, eine längere Vorgeschichte und auf die möchte ich ganz kurz eingehen. Anlaß dazu ist letztlich das Sparkassengesetz, das uns zwingt dazu, hier in so kurzer Zeit eine Entscheidung zu treffen. Wir wissen alle, daß der Ausschuß in der Sparkasse auf Grund der politischen Verhältnisse in den Haftungsgemeinden zusammengesetzt ist. Es ist kein Geheimnis, daß diese Zusammensetzung den tatsächlichen politischen Verhältnissen in den einzelnen Gemeinden nicht entspricht. Das möchte ich ganz eindeutig zunächst festlegen. Außerdem ist der heutige Beschluß nur ein Beschluß, der auf sehr kurze Zeit gefaßt wird, weil die Beratungen über die neuen Statuten in den Sparkassen unmittelbar nach Inkrafttreten des Sparkassengesetzes aufgenommen werden und diese Beratungen sich natürlich über längere Zeit hinziehen. Es ist ja auch im Sparkassengesetz eine verhältnismäßig lange Frist bis zur Erledigung dieser neuen Statuten eingeräumt. Es ist also notwendig, daß in der nächsten Zeit die zuständigen Gremien sich ausführlichst mit dem Sparkassengesetz beschäftigen und damit die Basis für die Neuentwicklung in den Sparkassen geben. Das Sparkassengesetz ist ja schon sehr lange, ich glaube mehr als 10 Jahre, in Diskussion und wurde nun endlich beschlußmäßig über die Bühne gebracht. Die Sozialistische Fraktion glaubt auf Grund dieses Umstandes, daß eben die Wiederwahl von bewährten Kräften, die sich im Ausschuß der Sparkasse durchaus positiv eingeschaltet und in ihrer Tätigkeit auch bewährt haben, wie Gemeinderat Dresl, Kollege Stahlschmidt, daß man unter diesen Umständen auf diese Kräfte nicht verzichten sollte. Nun aber doch zu etwas, was hier der Sozialistischen Fraktion vorgeworfen wird, daß es sich um ein Diktat handelt. Das muß ich zunächst auf das schärfste zurückweisen und möchte darauf hinweisen, daß auch die Beschlüsse, die in anderen Gemeinden gefaßt wurden, nicht auf Grund der politischen Ergebnisse und Verhältnisse, die dort bestehen, sondern

auf Grund der Meinung des Gemeinderates gefaßt wurden. Ich gestehe durchaus zu, daß es sich in beiden Fällen, ich meine hier die Gemeinden Ternberg und Wolfers, in denen jeweils 2 Mitglieder der Österr. Volkspartei in den entsprechenden Gemeinderatsitzungen nominiert wurden, daß das der Form halber sicherlich in Ordnung ist. Wenn man aber, meine Damen und Herren, von Demokratie spricht und von uns so großes Demokratieverständnis verlangt, dann dürfen wir wohl auch darauf hinweisen, daß auch das Demokratieverständnis in diesen beiden Gemeinden vorhanden sein müßte, um die entsprechenden Beschlüsse nicht monocolor, sondern entsprechend dem Wahlergebnis zu fassen. Auch wenn dort, das sei zugestanden, da oder dort Fehler passiert sind. Es hat einmal ein sehr berühmter Mann gesagt, daß Demokratie nicht teilbar ist. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das ein sehr richtiger Ausspruch ist. Demokratie ist nicht teilbar, was bei uns gilt, muß auch woanders gelten. Wenn man sich anderswo nicht an diese Richtlinien hält, an diese Grundsätze einer Demokratie, dann muß man auch zur Kenntnis nehmen, daß dort ein Zustand, der bisher bestanden hat, eben wie es in Steyr ist, es ist ja nicht mehr als eine Bestätigung jener Mitglieder im Grunde, die bisher auch von uns in den Gemeinderat entsandt wurden, mit Ausnahme jener, die aus Altersgründen oder freiwillig – wie Bürgermeister Fellingner und Kollege Hochgatterer – eben auf die Nominierung verzichtet haben, bestehen bleibt. Ich kann nicht nur und ich kann mir vorstellen, daß dieses Argument kommen wird, unbedingt aus der Sicht der Gemeinde Steyr, sondern ich muß die Zusammensetzung des Aufsichtsrates wohl auch im Zusammenhang und als Einheit sehen. Ich kann nicht nur sagen, was in Wolfers und in Ternberg passiert, das interessiert mich überhaupt nicht, das stimmt ja nicht, sondern es wäre durchaus möglich gewesen, daß die Kollegen dort in den Gemeinderäten auch, wenn das Demokratieverständnis dort so groß wäre, wäre es durchaus denkbar gewesen, daß man dort die Verhältnisse so hergestellt hätte, wie sie eben entsprächen hätten. Es wird heute nicht zusätzlich ein Sozialist nominiert – wir wären durchaus in der Lage, das darf ich Ihnen sagen und wir haben sehr lange darüber diskutiert. Wir beschließen ja heute nicht zusätzlich einen Sozialisten in den Verwaltungsausschuß zu entsenden, sondern wir haben uns in unserer Fraktion auf einen Kompromiß geeinigt, der für uns ein Kompromiß ist und den Kollegen Stahlschmidt, weil er sich bewährt hat, wieder vorgeschlagen und die drei anderen Nominierungen sind so wie bisher unserer Fraktion angehörig, das steht uns auf Grund des Stärkeverhältnisses zu. Die Österr. Volkspartei hat schon in den letzten 12 Jahren immer dem Vorschlag Stahlschmidt zugestimmt und es ist mir unerklärlich, warum es in dieser Richtung so große Schwierigkeiten gegeben hat. Sie verlangen von uns eine echte Veränderung des Stärkeverhältnisses und wir stehen auf dem Standpunkt, daß man dieses Stärkeverhältnis im Hinblick auf das neue Sparkassengesetz so belassen sollte, wie es jetzt ist. Es ist nichts anderes als eine Bestätigung des Zustandes, der bisher bestanden hat. Ich bitte Sie, diese Überlegungen auch in die Diskussion mit einzubeziehen und ersuche Sie um Zustimmung zum Amtsvorschlag.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Ich danke Kollegen Schwarz für seinen Beitrag und darf ihm wieder die Vorsitzführung übergeben. Ich möchte ihn aber ersuchen, mir das Wort zu erteilen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Kollegen Fritsch das Wort.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ursprünglich wollte ich mich zu dieser Angelegenheit nicht zu Wort melden, aber ich bin durch die Ausführungen des Kollegen Schwarz eigentlich dazu gezwungen worden. Eines sei meinem Beitrag vorausgestellt. Hier im Gemeinderat der Stadt Steyr werden nur ursächliche Belange, die die Stadt Steyr betreffen entschieden, aber nicht überregionale Belange. Das heißt also, das Beispiel herangezogen Wolfers bzw. Ternberg, möge zur Illustration der Situation dienen, aber ist für unsere Beschlußfassungen sicherlich nicht gravierend bedeutend. Ich hätte auch dazu nichts gesagt, aber es ist notwendig, eine gewisse Richtigstellung der Ausführungen des Kollegen Schwarz hinzuzufügen. Ich gehe

jetzt in den überregionalen Bereich und beginne gleich einmal mit der Gemeinde Ternberg. Es ist insofern unrichtig, dem dortigen Gemeinderat mangelndes Demokratieverständnis vorzuwerfen. Denn die Tatsache, die zum Beschluß Ternberg betreffend, geführt hat, ist Ihnen hinlänglich bekannt. Wenn die Sozialistische Fraktion, unter der Führung eines auch am Magistrat Steyr Beschäftigten, an Gemeinderatsitzungen geschlossen mehrmals nicht teilgenommen hat, dadurch die Sitzungen nicht ordnungsgemäß in diesem Zeitpunkt abgeführt werden konnten und erst bei der dritten Sitzung ein Beschluß, wo unter anderem als Tagesordnungspunkt "Entsendung in den Verwaltungsausschuß der Stadtgemeinde Steyr" heranstand, dann wird man kaum verlangen können, daß eine Fraktion, die nicht anwesend ist, also durch ihre Nicht-Anwesenheit auch das Desinteresse dokumentiert, unter dem scheinbaren Mäntelchen eines gesteigerten Demokratieverständnisses nun jemanden entsendet. Eines sei aber bitte auch noch klar festgestellt. Alle diese Gespräche im Bereich Ternberg oder Wolfers sind zwischen Bürgermeister Weiss einerseits oder den verantwortlichen Bürgermeistern der anderen Gemeinden geführt worden. Aber es ist mir nicht bekannt und ich habe mich ausdrücklich bei dem gestern stattgefundenen, diese Problematik betreffenden Gespräch, auch in Anwesenheit derjenigen Mitglieder, die heute hier verzeichenbar sind, erkundigt, ob von Seiten der Sozialistischen Partei in Ternberg oder in Wolfers ein offizieller Antrag gestellt wurde in einer Gemeinderatsitzung dieser Gemeinden, diesen Tagesordnungspunkt zu verlangen. Dieser offizielle Antrag ist von Seiten der Sozialistischen Partei in diesen Gemeinden bis heute nicht gestellt worden. Dann kann ich auch nicht unbedingt davon sprechen, daß ein mangelndes Demokratieverständnis in diesen Gemeinden vorliegt. Dann wäre es Aufgabe gewesen der Vertreter Ihrer Partei in den entsprechenden Gemeinderäten, ein solches Verlangen auch aktenmäßig kundzutun. Es ist dies nicht geschehen. Man kann umgekehrt auch annehmen, daß die Gemeindebürger dieser beiden Gemeinden mit den von Ihnen entsandten, durch einstimmige Beschlüsse gewählten Vertretern, vollends einverstanden sind. Es ist allerdings auch noch gesagt worden, daß in Steyr ein gewisses Diktat herrscht. Es ist versucht worden von Kollegen Schwarz, von seiner Warte aus gesehen sicherlich berechtigt, das abzuschwächen. Ich kann es aber sicherlich erhärten, daß diese Behauptung stimmt. Als mir das erste Mal in einer Präsidialbesprechung von der Neubesetzung Mitteilung gemacht wurde, sind auch bereits die Zahl bzw. die Namen der Nominierten mitgeteilt worden, und zwar von Bürgermeister Weiss. Unter Hinweis darauf, daß er einen Parteibeschuß seines Parteigremiums, sei es Vorstand oder Bezirksausschuß nennt sich das, ich bin in die Geheimnisse nicht so genau eingeweiht, vorliegen hat, im Bezug auf die heute von Ihnen, von Ihrer Fraktion, vorzuschlagenden Mitglieder, und er sich über diesen Ausschlußbeschuß nicht mehr hinwegsetzen kann. Da muß ich aber auch sagen, wenn Kollege Weiss, nachzulesen in den OÖ. Nachrichten, Ausgabe vom vergangenen Samstag, erklärt hat, daß in den beiden vorhin genannten Gemeinden die Zusammensetzung nicht der politischen Realität entspricht, dann hätte er in logischer Befolgung in seinen Überlegungen auch festhalten müssen, daß diese politische Realität in Steyr von ihm weder wahrgenommen noch durch einen Ausschlußbeschuß der SP irgendwie auch anerkannt gewesen wäre. Auch hier in Steyr ist eine politische Realität ganz anders, als der derzeitige Zusammensetzungsschlüssel im Verwaltungsausschuß der Sparkasse. Ich kann nicht auf der einen Seite zur Argumentation etwas heranziehen, was ich nicht gewillt bin, auf meinem eigenen ursächlichen Bereich auch tatsächlich einzuhalten. Es geht also diese Überlegung sicherlich aus unserer Sicht fehl. Wir dürfen die Tätigkeit im Verwaltungsausschuß der Sparkasse Steyr politisch gesehen sicherlich nicht unter dem normalen Aspekt überbewerten. Jedes dieser Geldinstitute, in dem Fall die Sparkasse der Stadt Steyr, hat in erster Linie die wirtschaftlichen Aspekte zu wahren. Die wirtschaftlichen Aspekte in unserem Stadt- und in unserem Umlandbereich, auch im Bereich aller Haftungsgemeinden. Hier – es ist heute noch nicht ausgesprochen worden – bestehen ganz andere Absichten und ich kann mich nur berufen auf das, was Bürgermeister Weiss des öfteren sagte, auch mir gegenüber. Daß man daran denkt, die Haftungsgemeinden im Bereiche der Sparkasse Steyr zu reduzieren. Dreimal dürfen Sie raten, welche Gemeinden in erster Linie zur Reduktion herangezogen werden würden. Daß man aber auch gleichzeitig willens ist, obwohl es nicht ausgegoren ist, das gebe ich ohne weiteres zu, aus dem Bereich Weyer-Land bzw. Weyer-Markt, aber auch aus dem Bereich Grünburg, eine entsprechende Zusammenfügung zu beschließen. Beschließen kann man aber diese Ausschließung von einzelnen bisher gewachsenen und gestandenen Haftungsgemeinden, beschließen kann man aber auch eine Änderung des Statutes im Bereiche der Sparkasse Steyr nur mit einer

eklatanten Mehrheit. Ob das sinnvoll ist, wo wir immer wieder auf unsere Situation als Bezirksstadt hinweisen, ob es sinnvoll ist, Haftungsgemeinden, die auch zum wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt beitragen, auszuschließen, das ist eine zweite Angelegenheit. Ob es sinnvoll ist, im Zuge der Überlegungen des Entwicklungskonzeptes für unseren Bereich, es heißt ja nicht nur für uns in Steyr, sondern auch für die Umlandregion, dies zu tun, das sei auch dahingestellt. Vielleicht hat Kollege Weiss das diesbezüglich nicht so bedacht. Aber und ich komme jetzt nochmals zurück auf die jetzige Problematik, gerade aus dieser Sicht her ist es irgendwie einsehbar, daß von Seiten der Sozialistischen Fraktion oder Partei eine entsprechende Mehrheit, um die Durchsetzung ihrer Ziele zu gewährleisten, auch gefordert wird. Wir aber stehen auf jenem Standpunkt, daß die Stadt Steyr als Bezirksstadt für den Umland- und Regionsbereich avantgardistisch und im Interesse aller, nicht im Interesse einer einzigen Partei, tätig sein soll. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die politische Realität – ich zitiere dieses Schlagwort von Bürgermeister Weiss noch einmal – durch den uns von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der SPÖ-Fraktion, vorgelegten Antrag nicht gewährleistet ist. Daher auch in dem Fall unsere Antragstellung, wo ich nicht persönlich dazu sprechen kann, das haben meine Vorredner getan. Es ist nicht damit die Absicht verbunden, jemandem Fähigkeiten, Kenntnisse, Tätigkeiten, egal wer immer es ist, abzusprechen. Das möge beileibe dem Ganzen vorangestellt sein, aber es ist dies eine Befolgung der politischen Realität. Aus dieser Sicht wurde dieser unser Antrag gestellt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Fritsch für seinen Beitrag. Wünscht zu diesen beiden Anträgen noch jemand zu sprechen? Kollege Wallner bitte.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Damit es seine Ordnungsmäßigkeit hat, habe ich mich nochmals zu Wort gemeldet. Ich darf Sie bitten, um das protokollarisch einzuverleiben, einen Schreibfehler berichtigen zu wollen. Es müßte richtig heißen statt "Antrag gemäß § 16 Abs. 4 Ziffer 2 der Geschäftsordnung", "Antrag gemäß § 16 Abs. 2 – anstelle Abs. 4". Ich bitte um diese Schreibfehlerberichtigung. Danke vielmals.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Bitte Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich hätte mich heute eigentlich bei diesem einzigen Tagesordnungspunkt, wo es darum geht, den Verwaltungsausschuß der Sparkasse zu besetzen, nicht zu Wort gemeldet. Es gibt nun in der Debatte doch einige Auffassungen, die hinzielen, daß der Antrag seitens der Magistratsdirektion mehr oder weniger ein Diktat der SPÖ sei. Da ich die Absicht habe, im Namen der Kommunistischen Partei für den Antrag zu stimmen, erlauben Sie mir auch einige Worte dazu.

Ich glaube, wenn hier von Seiten der Österreichischen Volkspartei gesprochen wird, daß es sich bei diesem Vorschlag um ein Diktat der SPÖ handelt, dann verstehe ich als Oppositionspartei nicht, warum die Österr. Volkspartei nun die politische Zusammensetzung 12 Jahre so geduldet hat, trotzdem anscheinend, wie es jetzt in der Diskussion vermerkt wird, die politische Realität in Steyr nicht gewahrt ist. Ich glaube, wenn von Seiten der Österr. Volkspartei vielleicht eine Abänderung gekommen wäre im Hinblick auf Kollegen Stahlschmidt, dann würde das vielleicht verständlicher sein. Mir ist nicht verständlich, warum man von Seiten der Österr. Volkspartei diesen Punkt nicht aufgenommen hat im eigenen Antrag. Hier glaube ich wäre es auf keinen Fall leicht, den anderen Gemeinderatsmitgliedern zu sagen, Kollege Stahlschmidt vertritt ja eine Partei, die eigentlich heute nicht mehr existiert, nämlich – soweit ich mich erinnern kann – war es VDU, oder war er da noch bei der FPÖ. Sie müssen ja das wissen, Sie sind ja mit ihm im Gemeinderat gesessen.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Aber bitte, entspricht auf keinen Fall der Realität. Hier wäre vielleicht doch die Möglichkeit gewesen, aber es scheint, daß doch mehr vom klassenmäßigen Herangehen auch bei der Besetzung vorgegangen wird. Das zeigt zumindestens mir, daß man gemeinsam mit der FPÖ diesen Antrag eingebracht hat, dem ich natürlich nicht zustimmen kann, daher namens der Kommunistischen Partei dem Antrag der SPÖ zustimme.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Redner ist Kollege Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, vielleicht nur eine Antwort dem Kollegen Treml, warum das jetzt akut wird. Durch das neue KBG, durch das neue Sparkassengesetz, bekommt der Verwaltungsausschuß der Sparkasse, der dann Verwaltungsrat der Sparkasse wird eine ganz eminente Bedeutung. Nämlich das Erstellen von neuen Satzungen in Anpassung an das neue Gesetz, das sind Aufgaben, die er bisher in diesem Umfang nicht wahrnehmen mußte, weil das Sparkassengesetz so lange Zeit, das wurde von einem Ihrer Redner schon zitiert, so lange unverändert blieb. In der heutigen Zeit aber, wo die ganze Geld- und Kreditwirtschaft umfassend in einer Phase der Änderung ist, scheint auch die Änderung von Satzungen einer Sparkasse doch ein allgemein wirtschaftlich sehr bedeutender Faktor zu sein. Das werden Sie mit Sicherheit nicht abstreiten können. In einer Zeit, wo man für die Geldwirtschaft, und die Geldwirtschaft ist nicht nur der schnöde Mammon, wie es manchmal dargestellt wird, sondern in einer volkswirtschaftlichen Situation, so wie wir sie in den westlichen Ländern vorfinden, ein eminenter Wirtschaftsfaktor. Die Einflußnahme, wie es Kollege Treml dann und wann nennt, des Kapitals auf die allgemeine Wirtschaftsgestaltung, könnte man auch anders übersetzen, nämlich die Vermittlerrolle der Geldinstitute, das ist ja auch nichts anderes. Vermitteln durch Einflußnehmen oder Einflußnehmen durch vermitteln, das wären dialektische Haarspaltereien. Das ist nichts anderes, das jetzt beginnt, sich neu zu formieren. In einer Zeit, wo diese generelle Änderung der ganzen Geldwirtschaft sich abzuzeichnen beginnt, so glauben wir, wäre es notwendig, aus dem eigenen Bereich – den der Stadt Steyr, so wie ich in meiner ersten Stellungnahme gesagt habe, und so wie mein Fraktionsobmann, Herr Vizebürgermeister Fritsch gesagt hat, – aus dem Bereich, den wir vertreten, nämlich die Stadt Steyr, hier den Realitäten zu entsprechen. Ich möchte nicht verunsichernd wirken, wenn ich zu formulieren versuche, daß eine zu sehr einseitig gefärbte Vertretung im Verwaltungsausschuß der Sparkasse im Zusammenhang mit einem neuen, sehr großen Geldinstitut, das in Zukunft nach Steyr kommen wird, das in seiner Zusammensetzung viel eindeutiger gefärbt ist, auch gewisse Unsicherheit in die Bevölkerung bringen könnte. Ich glaube nicht, daß die Bevölkerung allzu sehr interessiert ist, politisch völlig einer Richtung einen Großteil des Kapitalmarkts auszusetzen. Das glaube ich nicht. Gerade darum wäre es, meine Damen und Herren, sehr sinnvoll, wenn Sie unserem Vorschlag beitreten würden, weil Sie sich dem weniger aussetzen, daß irgend jemand hergehen und sagen könnte, die Sozialisten wollen die Geldwirtschaft total in den Griff bekommen. Das glaube ich, haben Sie bei den Mehrheitsverhältnissen hier in der Stadt gar nicht notwendig, daß Sie sich solchen Angriffen aussetzen. Wir bieten Ihnen eine Möglichkeit, wir bieten Ihnen die Hand zu einem solidarischen Beschluß, daß diese Stimmung vermieden werden könnte.

Die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses aus der Stadt Steyr ist Ihnen ja derzeit bekannt. Die neue Zusammensetzung wäre nach unserem Vorschlag 8 : 3 : 1 und nach Ihrem Vorschlag 9 : 2 : 1. 8 : 3 : 1 entspricht eher der Realität als 9 : 2 : 1. Wenn Sie noch bedenken, daß der Herr Bürgermeister Weiss ohnehin als Bürgermeister der Haupthaftungsgemeinde Vorsitzender des Verwaltungsausschusses ist und auch Vorsitzender des Verwaltungsrates nach dem neuen Gesetz sein wird

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Herr Kollege, nur eine Berichtigung. Ich darf feststellen, daß alle Ausschüsse gleich sind den gemeinderätlichen Ausschüssen und die entsprechen genau unseren Wählerentscheidungen.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Wenn Sie jetzt den Herrn Bürgermeister noch hinzurechnen, ist es 10:3:1, dann ist die Welt auch nach diesem Vorschlag, auch im Sinne des d'Hondt, wieder heil. Darum funktioniert das also so auch, wenn man schon das Rechnen anfängt. Es geht im wesentlichen wirklich nur um die Optik, daß der Geldsektor nicht eindeutig über die maßgeblichen Institute sozialistisch aus der Stadt kontrolliert wird. Ich glaube nicht, daß das die Öffentlichkeit sehr gerne und gut aufnehmen wird. Ich kann nur sagen, versuchen wir doch solche Stimmungen zu vermeiden und stimmen Sie doch bitte unserem Antrag zu. Ein Vorteil unseres Vorschlages, wenn Kollege Tremml den bisherigen Herrn Stahlschmidt zitiert hat, der war nicht Gemeinderatsmitglied – sicherlich wäre das eine Möglichkeit gewesen, wenn wir uns aber als Fraktion, als Partei, entschlossen haben, unseren Fraktionsvorsitzenden und Parteiobmann in dieses Gremium zu entsenden, so mußten wir überlegen, daß ein Gemeinderatsmitglied in Diskussion gestellt wird, weil die Zahl auf 4 beschränkt ist. Daher hat das harte Los den ausscheidenden Kollegen Dresl getroffen, was mit seiner Person

Gelächter

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

.. was mit seiner persönlichen Qualifizierung gar nichts zu tun hat. Das ist eine rein sachlich begründete Überlegung nach dem Sparkassenstatut.

Ich bitte Sie nochmals, stimmen Sie bitte unserem Antrag zu, ich glaube, daß das in der Öffentlichkeit sehr gut ankommen wird.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Kollege Watzenböck hat sich als Nächster gemeldet.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Durch den Beitrag des Kollegen Tremml sehe ich mich veranlaßt, mich auch zu melden. Ich möchte Kollegen Tremml Unterricht geben in der Parteigeschichte Österreichs.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Von der NSDAP über VDU zur FPÖ!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Ja, aber wir haben jetzt FPÖ, das ist Ansichtssache. Die Freiheitliche Partei besteht seit 1955. Kollege Stahlschmidt war Stadtrat von 1955 bis 1961, die Kollegen, die schon länger herinnen sind, wissen das. Im nächsten Gemeinderat war er noch einmal 2 Jahre Stadtrat, sein Nachfolger war bekanntlich Gherbetz. Was an sich die Besetzung durch einen Mann von uns betrifft, so sind wir sicher überzeugt, daß uns das stärmäßig zusteht. Ich danke beiden Parteien, daß sie so demokratisch entschieden haben und das Recht, auf Grund unserer Stärke zumindest einen zu entsenden, anerkannt haben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Wünscht sonst noch jemand das Wort zu diesen beiden Anträgen? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Berichterstatter um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Verehrte Damen und Herren, wenn ich noch ein paar Worte sagen darf, dann möchte ich damit beginnen, daß ich in erster Linie Kollegen Holub in verschiedenen seinen Ausführungen sehr recht gebe und diese unterstreichen möchte. Er hat ausgeführt, daß der Verwaltungsausschuß der Sparkasse ein Spiegelbild der Bevölkerung sein soll. Da gebe ich ihm vollkommen recht. Das politische Spiegelbild der Bevölkerung im Verwaltungsausschuß der Sparkasse Steyr müßte heißen: 15 Sozialisten und 12 von der Volkspartei. Das ist nach dem Wahlergebnis im Verwaltungsausschuß der Sparkasse eine Einheit, die ist unverwechselbar. Die besteht nicht nur aus den Vertretern der Stadt Steyr, sondern die besteht eben aus Vertretern des Bezirkes Steyr. Auf Grund des Wahlergebnisses und der d'Hondtschen Auswertung würde dieses Verhältnis herauskommen und das ist das von Ihnen geforderte

Ich darf Sie nun ersuchen, die Abstimmung durchzuführen und darf appellieren, dem Antrag die Zustimmung zu geben, der als erster eingebracht wurde.

Dieser Abänderungsantrag ist damit abgelehnt.

Hauptantrag: Dafür: 21 Stimmen SPÖ, 1 KPÖ
dagegen: 8 Stimmen ÖVP, 1 FPÖ

Ende der Sitzung: 11.53 Uhr

VORSITZENDE:

Zachmann
Gerold Fugenerger

Shirley
from Mary